

GASTKOMMENTAR Sandra Locher Benguerel über Bildungspolitik

Lehrplan 21 – gemeinsam vorwärts

Seit Ende Juni prägt das Kürzel LP 21 die Bildungspolitik der Schweiz. Dahinter versteckt sich der neue Lehrplan, mit welchem die Ziele des Unterrichts an der Volksschule in den 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantonen harmonisiert werden sollen. Damit wird ein Auftrag umgesetzt, den Volk und Stände am 21. Mai 2006 mit grosser Mehrheit in die Bundesverfassung geschrieben haben. Viele bestehende Lehrpläne der Deutschschweizer Kantone sind in die Jahre gekommen und bedürfen einer Revision. Dass in dieser Sache nicht jeder Kanton wie bis anhin seine eigene Suppe kocht, sondern gemeinsam in einem grossen Topf Synergien genutzt werden, ist mehr als sinnvoll.

Was mit den vier Zeichen LP 21 so schlank daher kommt, ist in der Praxis ein mehr als einen Bundesordner füllendes Werk. Eines, dessen Würdigung an allererster Stelle stehen soll. In den vergangenen Jahren wurde dieser Lehr-

plan in kaum vorstellbarem Ausmass an Arbeit unter Einbezug von Fachdidaktikern und Praktikern erarbeitet. Nebst den sechs Fachbereichen (Sprachen, Mathematik, Natur/Mensch/Gesellschaft, Gestalten, Musik, Bewegung und Sport) umfasst der Lehrplan 21 überfachliche und fächerübergreifende Themen. In diesen wird der bildungspolitisch legitimierte Auftrag der Gesellschaft an die Volksschule umfassend abgebildet. Er bettet sich auch sehr gut in unseren Kanton ein. Die im neuen Bündner Schulgesetz formulierten Bildungsziele finden sich alle im Lehrplan 21 wieder.

Ich stehe hinter diesem gemeinsamen Lehrplan. Die nachfolgend angebrachten Anregungen verstehen sich folglich nicht als Grundsatzopposition, sondern als konstruktive Gedanken für eine erfolgreiche Umsetzung. Ich nehme es vorweg: Der vorliegende Rohling braucht noch einen kräftigen Schliff, damit er dann auch praxistauglich ist. Vielfach wird gesagt, es handle sich mit dem Lehrplan um keinen Paradigma-

wechsel. Aus meiner Beurteilung widerspreche ich dieser Aussage. Der vorliegende Lehrplan stellt mit der Kompetenzorientierung sehr wohl einen solchen dar. Er steht im Spannungsfeld zwischen Harmonisierung einerseits und wesentlichen Rahmenbedingungen, die den Kantonen überlassen wer-



«Ich stehe hinter diesem gemeinsamen Lehrplan»

den, andererseits. Ein weiteres Spannungsfeld offenbart sich in der Frage der Gewichtung der kopflastigen und handwerklichen, gestalterischen und musischen Fächern. Letztere gilt es im Lehrplan 21 zu stärken und als Basis für den Erwerb der «Praktischen Intelligenz» anzuerkennen. Ich denke dabei insbesondere an den Fachbereich Hauswirtschaft. In der vorliegenden Form ist

der Lehrplan sehr umfassend und teilweise unübersichtlich. Die formulierten Kompetenzen für alle Fachbereiche sind auf zu hohem Niveau angesetzt. Der Lehrplan sollte folglich im Umfang als auch im Anspruchsniveau reduziert werden. Es ist gut nachvollziehbar, weshalb der Entwurf überladen ist, wurde doch versucht auf Papier zu bringen, was die Volksschule heute alles leisten soll und muss. Dass daraus ein mehr als über 1000 Seiten umfassendes Werk entstanden ist, erstaunt nicht. In einem nächsten Schritt braucht es wohl die Reduktion auf das Wesentliche. Doch was ist das Wesentliche? Es ist richtig, dass der Lehrplan demokratisch erarbeitet wird. Der demokratische Einbezug in einem derartigen Regelwerk birgt jedoch auch Gefahren in sich. Anstelle einer Reduktion wird noch mehr in den Lehrplan projiziert. Es ist ein riesiges Interessensgeflecht entstanden, das neben pädagogischen Inhalten auch rein wirtschaftliche Interessen aufnimmt. Es ist aber auch eine Tatsache, dass wir Lehrperso-

nen in der Volksschule vermehrt an Grenzen stossen, was wir in der Schule leisten können und was nicht. In diesem Sinn ist zu hoffen, dass der Lehrplan die Erwartungen aushält und dadurch nicht zerrissen wird.

In der ganzen Diskussion rund um den Lehrplan 21 ist nicht zu vergessen, dass die Volksschule in den vergangenen Jahren zahlreiche Reformen hinter sich hat und die Beteiligten sich nach Konstanz sehnen. Damit er gelingen kann, darf das System Volksschule nicht überstrapaziert werden. Es ist daher wichtig, dass für die Einführung ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden für Weiterbildung und Lehrmittel. Der Lehrplan 21 ist ein Produkt, das fachlichen Ansprüchen genügen und politische Akzeptanz finden muss. Ich wünsche mir, dass diesem mit dem nötigen Respekt und Kompromissbereitschaft begegnet wird und es damit gelingt, der Volksschule national erstmals denselben Rahmen zu geben.

SANDRA LOCHER BENGUEREL ist Lehrerin und Mitglied der Geschäftsleitung der Lehrpersonen Graubünden (Legr).

KOMMENTAR Norbert Waser über die Sesselbahnverbindung Ost/West auf der Lenzerheide

Der Schwarze Peter fährt nicht Sesselbahn

Christoph Suenderhauf, Verwaltungsratspräsident der Lenzerheide Bergbahnen AG, schreibt in seinem gestern publizierten Geschäftsbericht 2012/13: «Viele fragen, ob es richtig ist, in einen rückläufigen Markt wie den Wintersport zu investieren.» Die Antwort gibt er gleich selbst: «Es ist unsere (Überlebens-)Chance.» Wie dem Bericht zu entnehmen ist, sind die Ersteintritte im letzten Winter nochmals um 3.5 Prozent eingebrochen und haben mit 688 217 den tiefsten Wert in der Geschichte der LBB erreicht. Trotz dieser alarmierenden Anzeichen setzen die Lenzerheide Bergbahnen weiter auf den Wintersport und investieren

kräftig. Für Suenderhauf ist klar, dass trotz aller Anstrengungen für eine Stärkung des Sommers auch in Zukunft das Geld im Winter verdient wird, in dem die LBB 95 Prozent des Umsatzes generiert, oder anders ausgedrückt: «Ein schönes Wochenende im Winter bringt mehr als der ganze Sommer.» Vor diesem Hintergrund ist auch die Neuaufgabe des Sesselbahnprojekts Heimberg-Proschieri zu sehen. Mit der neuen Sesselbahn soll den Wintersportlern ein komfortabler Wechsel von der einen auf die andere Talseite ermöglicht werden. Die physische Verbindung der Ost- mit der Westseite hat aber auch einen symbolischen Charakter. Es sind noch keine zwei Jahrzehnte her, da bekämpfte sich ein halbes Dutzend Bergbahnunternehmen zwischen Piz Danis, Stätzerhorn, Scalottas und Rothorn. Da wurde öfter nur deshalb eine neue Bahn gebaut, um im Ver-

teilschlüssel dem Konkurrenten ein paar Frequenzen abzuknöpfen.

Heute stehen erfreulicherweise die Bedürfnisse des Gastes im Vordergrund. Es dauerte über zehn Jahre, bis die Spuren der Vergangenheit bei



«Die physische Verbindung Ost/West hat auch Symbolcharakter»

den Beschneidungskonzepten überwunden waren. Eine letzte Lücke bildet die Verbindung der beiden Talseiten. Die Bergbahnen hatten sich mit den Umweltverbänden im Zuge der Verhandlungen für die

Skigebietsverbindung mit Arosa darauf geeinigt, diese Verbindung mit einer Brücke und einem kleinen Skilift zu realisieren. Da hatten die Bergbahnen die Rechnung aber ohne die neue (Konzessions-)Gemeinde Churwalden gemacht. Weil diese ein solches Projekt nicht bewilligen will, wählen die LBB nun die Flucht nach vorne und haben das Bewilligungsverfahren für das Sesselbahnprojekt neu aufgelegt. Das erinnert an frühere Grabenkämpfe, die mit der Fusion der Bergbahnunternehmen im Tal und der bevorstehenden Skigebietsverbindung mit Arosa eigentlich längst überwunden schienen. Dass die Umweltverbände nicht bereit sind, in diesem Spiel den Schwarzen Peter zu übernehmen, ist verständlich.

NORBERT WASER ist stv. BT-Chefredaktor

LESERBRIEFE Zur Kohleabstimmung, zur Familien- und zur 1:12-Initiative

Kohle, Demokratie und Rassismus

Zum Artikel «Kohleabstimmung: Die Umsetzung des Volkswillens ist noch unklar» im BT vom 9.10.2013.

Auch drei Wochen nach dem Verdikt des Volkes hat sich Repower noch keinen Zentimeter bewegt. Kein Wort des Rückzugs vom Kohle-Projekt Saline Joniche, einzig ein lapidares «Wir nehmen das Abstimmungsergebnis zur Kenntnis». Das liest sich, wie wenn sich die Herren Bobst, Rickli und Bocchiola um den Volksscheid füttern wollten. Gibt es etwa die Absicht, diesen bei einem zweiten Versuch 2015 zu torpedieren? «Das Ergebnis der Volksabstimmung ändert nichts an der strategischen Ausrichtung von Repower», liess der Verwaltungsratspräsident am Abstimmungssonntag verlauten. Das verheisst nichts Gutes aus Poschiavo. Neben dem Schweigen der Repower begehen in Kalabrien die drei Pro-Kohle-Grüpplein Vedere Chiaro, Trasparenza und Futuro Sicuro und deren Präsidenten auf, verbreiten Lügen über den Abstimmungskampf und werfen den 24 659 Bündner Ja-Stimmen in den Medien nichts weniger als Rassismus vor. Eine unerhörte Anmassung, die eine geharnischte Reaktion aus dem Grauen Haus in Chur verdient! Hoffnung besteht aber, dass ausgerechnet die kleine Hafengebörde Reggio Calabria dem Bündner Volksscheid rasch zum Durchbruch verhilft. Repowers kürzliches Hafenkonzessionsgesuch löste eine Welle ab-

lehrender Stellungnahmen aus: von den Bergamottebauern über ein Gemeindepräsidentenkomitee, von «No Carbone» über Legambiente bis zur Regierung Kalabriens. Hoffen wir, dass das Repower-Fever für das unselige Projekt noch vor Jahresende von der Hafengebörde gelöscht und vom italienischen Verwaltungsgericht zur verdienten ewigen Ruhe gebracht wird.

► TANYA SCHMID, ZUKUNFT STATT KOHLE, SCHIERS

Was will die Familieninitiative?

Familien mit Kindern tragen eine grosse Verantwortung, die mit viel Freude, aber auch mit einiger Arbeit und mit Verzicht verbunden ist. Die Steuerbelastung für Familien hat entsprechend gerecht zu sein und darf nicht einzelne Familien oder bestimmte Familienformen benachteiligen. Im Jahr 2009 hat das eidgenössische Parlament Betreuungsabzüge und damit Steuererleichterungen für jene Familien beschlossen, die ihre Kinder fremd und gegen Bezahlung betreuen lassen. Gegen das ist nichts einzuwenden. Familien, die ihre Kinder selber betreuen, wurden jedoch von diesem Steuerabzug ausgeschlossen. Ausgeschlossen sind auch Eltern, die sich für die Eigenbetreuung in Form einer Reduktion des Arbeitspensums entschieden haben oder Familien, welche eine Kinderbetreuung durch Grosseltern oder Nachbarn eingerichtet haben. Die Familienini-

tiative, über die wir am 24. November abstimmen, will diese Ungerechtigkeit beseitigen. Die Vielfalt und Wahlfreiheit der Familienmodelle wird so erst ermöglicht. Deshalb legen wir ein überzeugtes JA zur Familieninitiative in die Urne.

► ASTRID GRIGIONI-MEYER UND ROLAND GRIGIONI-MEYER, CHUR

Ja zu 1:12 – die Schweiz hats verdient

Es war ja zu erwarten gewesen. Schockierend ist es trotzdem, mit was für einer Skrupellosigkeit die Millionen-Abzocker und ihre Freunde (Freundinnen sinds ja nicht viele) bei Economiesuisse und den bürgerlichen Parteien Angstmacherei gegen 1:12 betreiben. Angstmacherei, die im besten Fall auf unsicheren Annahmen, die sie sogar die HSG als «unwahrscheinlich» einstuft, basieren. Im schlechtesten Fall sind sie schlicht gelogen. 1:12 gefährdet keine Arbeitsplätze. 1:12 kostet die AHV keinen Rappen. 1:12 zwingt kein einziges Unternehmen zur Abwanderung. 1:12 diktiert keine Löhne. Die übergrosse Mehrheit aller Unternehmen ist gar nicht von 1:12 betroffen, da ihre Lohnbandbreite bereits jetzt unter 1:12 liegt. 1:12 verbietet einzig und alleine einzelnen Leuten in der Chefetage, Millionen abzuzocken und gleichzeitig der eigenen Belegschaft tiefe Löhne zu zahlen. Das ist alles. Darum sage ich Ja zu 1:12. Die Schweiz und wir alle haben es verdient.

► SIMON SUTER, LANDQUART

IMPRESSUM

Bündner Tagblatt

Herausgeberin: Südostschweiz Presse und Print AG.

Verleger: Hanspeter Lebrument

CEO: Andrea Masüger.

Redaktionsleitung: Larissa M. Bieler (Chefredaktorin, lmb), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Susanne Taverna (Produktionschefin, na).

Redaktion: Sarah Blumer (Beilagenredaktion, blu), Sabrina Bundi (bun), Christian Buxhofer (cb), Gieri Dermont (Aussenredaktion Surselva, de), Denise Erni (dni), Abraham Gillis (abg), Silvia Kessler (ke), Flurina Maurer (fm), Marc Melcher (mm), Sabine-Claudia Nold (nol), Cornelius Raeber (Beilagenredaktion, cr), Julian Reich (Leitung Ressort Kultur, jul), Thomas Spinass (ts), Claudio Willi (Wi).

Redaktion Sport: René Weber (Leitung, rw), Hansruedi Camenisch (Stv., ca), Kristian Kapp (kk), Johannes Kaufmann (jok), Jonas Schneeberger (jos), Jürg Sigel (js).

Bildredaktion: Marco Hartmann (Leitung, ham), Yanik Bürkli (yb), Rolf Canal (rc), Theo Gstöhl (thg), Olivia Item (oi).

Redaktionelle Mitarbeiter: Juscha Casaulta (jc), Kerstin Hasse (ha).

Redaktionsadressen: Bündner Tagblatt, Commercialstrasse 22, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, Fax 081 255 51 23, E-Mail: redaktion@buendnertagblatt.ch.

Verlag: Südostschweiz Presse und Print AG, Kasernenstrasse 1, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, Fax 081 255 51 10, E-Mail: mholdener@suedostschweiz.ch.

Abo- und Zustellservice: Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@suedostschweiz.ch. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen i.S.v. Art. 322 StGB: Südostschweiz Radio AG, Südostschweiz TV AG, Südostschweiz Emotion AG, Südostschweiz Pressevertrieb AG, Südostschweiz Partner AG, ergo use swiss ag.

Anzeigen: Südostschweiz Publicitas AG, Commercialstrasse 20, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, Fax 081 255 58 59. Weitere Verkaufsstellen in Arosa, Ilanz, Lenzerheide und Thusis. Erscheint sechsmal wöchentlich

Reichweite: «Die Südostschweiz»: 121 187 Exemplare (WEMF/SW-beglaubigt), 245 000 Leser (MACH Basic 2013).

Die irgendetwas geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Werbegesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.